

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erheint wöchentl. dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM.

Schriftleitung: W. H. Bauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: bis 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drudtagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Koblentz.

Nr. 120

Donnerstag, den 10. Oktober 1929

42. Jahrgang

Das Kapital der Weltbank.

Wo wird sie ihren Sitz erhalten?

Baden-Baden, 9. Oktober.

Die Richtlinien für die Bank für internationalen Zahlungsausgleich sehen ein Kapital im Gegenwert von 100 Millionen Dollar vor. Die Tagung hat diese Höhe jetzt ohne Ausnahme angenommen. Es entspann sich dagegen eine Debatte darüber, ob die Aktien an der Gründung der Bank beteiligten Notenbanken ohne weiteres gemeinsam die Garantie für dieses Kapital übernehmen sollten und damit die Gründung als vollzogen angesehen werden solle oder ob jede einzelne Notenbank die Garantie lediglich für den dem einzelnen Lande aufzubewahrenden Teil übernehmen sollte.

Hieran knüpft sich die Frage der Unterzeichnung für den einzelnen Aktien, ob alle sieben Notenbanken diese Unterzeichnung leisten sollten oder nicht. Weiter ergoß sich die Frage, wer die Garantie für die Höhe von 44 Millionen Dollar in anderen Ländern aufzubewahrenden Aktien zu übernehmen habe. Alle diese Fragen blieben noch offen.

Es besteht demnach die Aussicht, zunächst die mehr technischen und juristischen Fragen zu erledigen. Man glaubt, hierzu auch kommen zu können, ohne die Frage des Sitzes der Bank (eines der Kernpunkte) zu erörtern. Die Statuten müssen dann später den Sonderbestimmungen des betreffenden Landes angepaßt werden.

Preussische Parlamentsarbeit.

Steuerfragen im Landtagauschuss.

Berlin, 9. Oktober.

Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages beriet die Vorberordnungen über die Grundvermögenssteuer, die Hauszinssteuer und die Gewerbesteuer.

Das neue Steuerprogramm wird erst Ende November oder Anfang Dezember zusammen mit dem Haushalt vorgelegt werden, nicht schon mit der Vorlegung des Youngplans. Deswegen sind Anträge auf Steuerermäßigung im Falle höherer Verschuldung und auf Niederlegung der Gemeinderäte bei Wohnungsbauten und Siedlungen fanden keine Aufnahme. Ebenso wurde der Antrag angenommen, wonach die Zuschläge der Grundvermögenssteuer sowohl auf wirtschaftlichen wie auch auf bebauten Grundflächen gleichmäßig erhoben und rückwirkende Befreiungen auf Erhöhung der Grundvermögenssteuer unterbunden werden sollen.

Somit die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer 100 v. H. übersteigen und demgemäß in der geleisteten Miete nicht enthalten sind, sollen sie gestundet und niedergelassen werden, wenn nicht Stundung und Niederlegung infolge Verlebens ohne Verschulden des Hauseigentümers erfolgt. Die Vorberordnung fand schließlich mit den Stimmen der Regierungsparteien Annahme.

Die Ansicht des Zentrums.

Präsident Kaas über Stresemanns Nachfolge.

Köln, 9. Oktober.

Im weißen Saal der Bürgergesellschaft fand die Herbsttagung des Provinzialauschusses der rheinischen Zentrumspartei statt. Die „Königliche Volkszeitung“ beruht aus der internen Sitzung. Die Tagung war von dem Tode Stresemanns überherrscht. Dies kam nicht nur in den warmen Worten aufrichtiger Teilnahme und Trauer zum Ausdruck, die Justizrat Mönig und Präsident Kaas dem hohen Entschlafenen widmeten, sondern auch in dem Umland, daß die vorgelebene Tagesordnung eine Veränderung erfuhr. Das Referat des Reichstagspräsidenten Dr. Wirth über Youngplan und Weltprogramm fiel aus. Es sprachen daher an Stelle von Dr. Wirth Reichstagspräsident Eiser und Reichstagsabgeordneter Noos, während das Schlusswort der Parteitagung, Präsident Kaas, selbst übernahm. Hierbei freilich Präsident Kaas.

Die Frage der Nachfolgerschaft Stresemanns nach der grundsätzlichen Seite hin. Da in der Öffentlichkeit auch sein Name genannt worden war, ging er mit einigen Bemerkungen darauf ein und erinnerte an seine Worte auf der Wiener Zentrumstagung vom Frühjahr dieses Jahres, daß er es sich zur Aufgabe gesetzt habe, den Topf des an Ministerposten völlig uninteressierten Parteiführers wieder herauszugeben.

Er habe damals schon mit aller Klarheit herausgestellt, daß für ihn als Parteiführer die Übernahme eines Ministeriums nicht in Frage komme.

Trotzdem könne es aber dem Zentrum nach der sachlichen Seite hin nicht gleichgültig sein, wie dieses Ministerium besetzt werde. Die Uride, die Stresemanns Tod geschlehen habe, sei groß, und vielleicht sei sie innerpolitisch größer als außenpolitisch. Deshalb müßte das Zentrum bei der endgültigen Besetzung des vermalten Außenministeriums — mit welcher Person, lasse er ebenso ganz dahingestellt wie die Frage, ob Parlamentarier oder Beamter — verlangen, daß alle Mitglieder des Kabinetts die Gewähr für den inneren Bestand des Kabinetts in seinen innen- und außenpolitischen Aufgaben böten.

Diese rein sachlichen Fragen seien für das Zentrum allein ausschlaggebend. Nur von diesem Gesichtspunkt aus würde das Zentrum an die Prüfung der Vorschläge des Kanzlers herantreten, müsse aber deshalb auch den Anprüchen antworten, die der endgültigen Besetzung sachlich gebührt zu werden. In der

Aussprache über den Youngplan kam zum einseitigen Ausdruck, daß ein endgültiges, abschließendes Urteil wegen der noch laufenden Verhandlungen, insbesondere wegen der noch ungelärten Saarkfrage, zur Stunde noch nicht möglich sei.

Demokratischer Parteitag.

Tagung in Hebelberg und Mannheim.

Berlin, 8. Oktober.

Der Auftakt für den Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei bildete eine öffentliche Kundgebung, die im Saal der „Sarmone“ in Hebelberg stattfand. Auch diese Kundgebung fand unter dem Eindruck des plötzlichen Hinscheidens von Stresemann. Der preussische Finanzminister Höpfer-Alhoff widmete dem plötzlich gestorbenen Außenminister einen herzlichen Nachruf, den die Versammlung tiefen anhörte.

Er ging dann auf die Erörterungen der Außenpolitik über und nannte die Demokratische Partei, die Staatspartei der Deutschen Republik.

Die Hauptverhandlungen des Parteitages fanden dann in Mannheim statt, wo der Vorsitzende Koch-Beyer in der Hauptsache den politischen, Reichsfinanzminister Dietrich-Baden den wirtschaftlichen Teil als Referenten bestritten. Den Eröffnungsbericht hatte in bekannt geistvoller Art Frau Dr. Gertrud Böhmer gehalten. Aus dem vom Hauptgeschäftsführer Dr. Relebold erstatteten Delegationsbericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliedszahl der Partei die nicht gerade imponierende Zahl von 113 323 beträgt. Aus den

Entschärfungen des Parteiprogramms.

Es besonders hervorzuheben:

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei schloß die Reichstagspartei, auf die deutsche Reichsregierung hinzuwirken, daß sie, entsprechend der Entschärfung des Parteiprogramms, bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen sich nachdrücklich dafür einsetzt, daß der Einfluß des Reiches auf die deutsche Reichsbahn weitgehend vermindert und seiner Bindung aufgehoben wird, die hierin im Interesse des Volksgutes zu erhebenden Forderungen entgegensteht.

Die Freigabe der überflüssigen Privatnennungen ist eine wichtige Vorbedingung für eine völlige und dauerhafte Beseitigung zwischen Deutschland und England.

Die Deutsche Demokratische Partei hält es nach wie vor für ihre besondere Aufgabe, alle Arbeiten nachdrücklich zu unterstützen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, die Zollschranken abzuräumen und die Handelsverträge aufzuheben.

Die Deutsche Demokratische Partei begrüßt den Beschluß des Reichstages vom 3. Oktober 1929 zur Ratifikation des internationalen Abkommens über die Aufhebung der Ein- und Auswährungsverbote.

Was wir leisten und die anderen . . .

Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 9. Oktober.

Aus einer Darstellung, die das Reichsarbeitsministerium über den gegenwärtigen Stand der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung gab, geht hervor, daß durch die neuen Bestimmungen der jährliche Fehlbetrag im günstigsten Falle um 100 Millionen Mark vermindert wird. Da der Fehlbetrag bisher rund 280 Millionen betrug, so bleibt noch ein Fehlbetrag von 180 Millionen.

Es gibt in Deutschland 17 Millionen Versicherungspflichtige (in England 12, in Rußland 11, in Italien 3,5). Die Einnahmen der für die Versicherung in Betracht kommenden Staaten betragen sich in Deutschland im letzten Jahre auf 855 Millionen Mark (in England 880, in Rußland 110, in Italien 40 Millionen Mark). Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung betrugen im letzten Jahre in Deutschland 1065 Millionen Mark (in England 1000, in Rußland 250 Millionen Mark, Italien unbekannt). Unterzählt wurden aus diesen Beträgen in Deutschland im letzten Jahre 1,3 Millionen Arbeitslose (in Rußland von 1,4 Millionen Arbeitslosen nur die Hälfte). In Deutschland erhält ein Arbeitsloser monatlich 67 Mark (in Rußland bestenfalls 36 Mark).

Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß in Zukunft auch die höheren und leitenden Angestellten bis zur Gehaltsgruppe von 8400 Mark in die Versicherung mit einbezogen werden.

Arbeiterentscheidungen bei Reichsbahn-Bauten.

Bedeutung der Differenzen.

Berlin, 9. Oktober.

Der Preussische Volkswohlfahrtsminister hat in einem Erlass mitgeteilt, daß mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft Meinungsverschiedenheiten über die Anwendbarkeit der preussischen Polizeiverordnungen betreffend die Beschäftigten über den Arbeiterentscheidungen bei Bauten der Reichsbahn bestehen. Die Deutsche Reichsbahn behauptet, daß die

Es ist bestimmt kein schönes Schauspiel, daß die Reichsbahn sich von der Polizei in Strafe nehmen lassen will, anstatt die Vorschriften über Arbeiterentscheidungen zu beachten.

preussischen Polizeibehörden nicht befugt seien, durch Polizeiverordnungen mit Wirkung für die Reichsbahnbauten Arbeiterentscheidungen vorzuschreiben. Der Minister für Volkswohlfahrt bezieht in dem Erlass auf die Anwendung der Reichsbahnpolizeiordnungen hin auf Wirkung für die Deutsche Reichsbahngesellschaft.

In einigen Fällen sei die ihm, Minister, Klage geführt worden, daß bei Reichsbahnbauten nicht den preussischen Vorschriften über den Schutz der Arbeiter auf Bauten (insbesondere beim Gerüstbau) Rechnung getragen worden sei. Ebenso sei in Verträgen anderer Unternehmer mangelhafte Verhältnisse auf Grund der preussischen Rechtsauffassung eingeschrieben worden. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft will die Meinungsverschiedenheiten in einem Strafverfahren zur höchstgerichtlichen Entscheidung bringen. Deshalb empfiehlt der Minister, falls tunlich, in solchen Fällen die Anwendung einer polizeilichen Straßverfügung.

Mammulbank nach Schule.

Der Wiener Bankenzusammenschluß.

Wien, 9. Oktober.

Dem Julionbeispiel der Berliner Großbanken ist jetzt auch Wien gefolgt, wo die beiden größten Kreditinstitute Deutsch-Oesterreichs sich zumammenschließen beabsichtigen. Die Durchführung des Zusammenschlusses der beiden Wiener Großbanken auf Grund eines Vorvertrages gilt als vollkommen gesichert. In einem der nächsten Tage wird der Verwaltungsrat der Kreditanstalt die notwendigen Beschlüsse fassen. Die Geschäfte der Bodenkreditanstalt werden unter Garantie der Kreditanstalt fortgeführt. Die Kreditanstalt dürfte ihr Kapital um 30 bis 40 Millionen Schilling erhöhen. Davon werden etwa 11 Millionen Aktien zur Durchführung des Aktienausstausches mit der Bodenkreditanstalt notwendig sein. Die Kapitalerhöhung wird durch eine Gruppe erfolgen. Ferner werden schon in der nächsten Zeit neue auswärtsgerichtete Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Innerhalb der beiden Industriezweige, die durch den Zusammenschluß der beiden Großbanken zusammenfassen, dürfte eine Reihe von Zusammenlegungen zwischen Unternehmungen der gleichen Art stattfinden. Dies gilt für die Automobilindustrie, die Lokomotivindustrie sowie für die Wasserbauunternehmungen. Unter den Großaktionären der Bodenkreditanstalt befinden sich zahlreiche Ausländer, darunter vor allem die großen Finanzgruppen Morgan, Schröder, Salomon, Großaktionäre ist aber auch die österreichische Privatbank, die ihren einzigen Sitz an Aktien der Unionbank gegen etwa 170 000 Bodenkreditaktien eingetauscht hat.

Diese Aktien notierten zur Zeit der Übernahme im Jahre 1927 etwa 144 Schilling. Sie sollen auf ein Zehntel entwertet werden. Die „Neue Freie Presse“ glaubt zu wissen, daß der Entwertung dieses Aktienpakets, soweit dies durch die letzten Ereignisse bedingt ist, durch entsprechende Maßnahmen begegnet werden soll.

Macdonald in Amerika.

Die weltpolitische Bedeutung des Besuchs.

Newport, 8. Oktober.

Der englische Premierminister ist nach dem begeistertsten und fürnenden Empfang, mit dem er in Newport begrüßt und geehrt wurde, alsbald nach der Bundeshauptstadt weitergereist und hat sofort seinen Antrittsbesuch bei dem Präsidenten Hoover gemacht. Für

die verfräglichste Ansprache zwischen den beiden leitenden Staatsmännern der großen anglosächsischen Reiche scheint aber selbst die fetterliche Rede Washingtons nicht nicht hell genug. Denn Präsident Hoover hat seinen Gast sofort auf seinen Wohnsitz eingeladen, wo er mit Macdonald dem Angelpost zubringen will. Man erinnert sich, daß dieses Vergnügen eine Verlobungsfeier für mehr als eines Staatsmannes anglosächsischer Herkunft ist, und man weiß, daß die Kopie, die sich bei dieser Verlobungsfeier ausrichten, nebenbei

keineswegs immer die schlechtesten politischen Gedanken zutage gefördert und in die Tat umgesetzt haben. Die Wohnunterhaltung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen Kabinettschef freilich wird, so sehr sie die Stille lockt, alle andere zur Folge haben, als eine politische Geheimabmachung oder eine politische Gestaltung.

Der Führer der englischen Arbeiterregierung hat, wie schon bei früheren Gelegenheiten, so auch bei seiner Landung in Newport betont, daß er die Aufgabe zeitgenössischer internationaler Politik nicht in der Vereinigung von Bündnissen zwischen einzelnen Staaten liege, sondern in der Zusammenfassung aller positiven Kräfte der politischen Welt für die Sicherung des internationalen Friedens und der friedlichen, freundschaftlichen Entwicklung.

Er wie Präsident Hoover vertrieben sind von einem biem Ziel zu erreichen Hand-in-Hand gehen Englands und Amerikas den stärksten Anreiz für eine solche Entwicklung der Welt, und wenn es gleichwohl zunächst nötig ist, als Vorstufe zu dieser Entwicklung gewisse englisch-amerikanische Verbindungen zu schaffen, so liegt auch deren Ziel offen zutage. Es handelt sich um

die Ausräumung der Mißverständnisse, die durch die verfechtete Flottenpolitik der konserativen englischen Regierung zwischen den beiden Staaten und Wölfern entstanden sind und angefohrt der aufrichtigen Botschaft in London wie in Washington wird diese Aufgabe wichtiger zu lösen sein, als wenn die jüngste und letzter Schwerekräftigen nach dieser Richtung und die aus ihr folgende englisch-amerikanische Verständigung wird alsbald den Weg frei machen für die Befestigung von Bestimmungen und Spannungen, die nach anderen Seiten hin bestehen.

Es liegt die wirtschafliche Bedeutung des englischen Versuches in Amerika keineswegs nur in der Anknüpfung engerer Bande zwischen den beiden angelsächsischen Staaten, sondern in dem moralischen Anreiz, und in der praktischen Förderung, die von hier aus der große Gedanke des wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Ausgleichs erhalten wird. Diese Aussicht macht die gesteigerte Anteilnahme verständlich, mit der die Wölker dreier Kontinente in diesen Tagen nach Washington blicken.

Die Verhandlungen mit Polen.

Polen besteht auf Klärung der Schweinefrage.

Warschau, 8. Oktober. Die hiesige Presse veröffentlichen eine gleichlautende Erklärung zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, in der es u. a. heißt, daß von deutscher Seite die Absicht besteht, einen sogenannten Rahmenvertrag auf der Grundlage der Weltbilanzierung abzuschließen, wobei die Frage der Schweineausfuhr nach Deutschland und verschiedene andere Sonderfrage mündlichen Verhandlungen vorbehalten bleiben sollten.

Die Tatsache der Aufhebung der Schweinefrage als Schlüssel eines vorläufigen Vertrages würde jedoch, wie es in der Erklärung weiter heißt, auf eine einmütige Kritik zuzunehmen, umwoneh, als allem bekannt sei, daß die Schutzmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft an und für sich schon die polnische Ausfuhr schwer behinderten. Außerdem sei die Klärung der Frage der Schweineausfuhr bestenfalls eine unumgängliche Voraussetzung für ein Wirtschaftsvertrag mit anderen Ländern, die dieses Ereignis einführen. Vor allen Dingen betriebe sich das auf Deutschland, das, wie man wisse, eine gezielte Industriepolitik ausübe nach Polen leite.

Entschieden Lage in Rumänien.

Regenissratsrat Budjagan gestorben.

Der Regenissratsrat Budjagan ist an den Folgen einer Nervenkrankung gestorben. Budjagan ist 62 Jahre alt geworden. Er wurde in Jofania geboren und erreichte die höchste Stufe der Beamtenlaufbahn in Rumänien: er war Präsident des Senatpräsidenten. Im Jahre 1927 wurde er Mitglied des Regenissrates. Der Vizepräsident Miron Cristea ist ebenfalls von seinem Posten als Mitglied des Regenissrates zurückgetreten.

Die Regierung hat umfängliche Maßnahmen getroffen, um die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. In Bukarest ist die Stimmung jetzt zwei Tagen in Normalverfassung. Die Entwidlung der Verhältnisse in Rumänien wird nach dem Tode Budjagans den Hauptgegenstand der politischen Beratungen bilden. Verfassungsgemäß hat das Parlament innerhalb von fünf Tagen zusammenzutreten, um über die Nachfolge einen Beschluß herbeizuführen. Man weiß noch nicht, ob es zu einer Einigung über zu einer günstigen Umgestaltung des Regenissrates kommen wird. Verfassungsgemäß wird die Macht der Staatsgewalt an die Regierung übergehen. Es ist ohne Zweifel, daß der Tod Budjagans und der Rücktritt Miron Cristeas von größter politischer Tragweite für Rumänien sind.

Der neugefaufte Staat.

Ein bislang unerprobtes Experiment.

Die Diktatur in Jugoslawien hat durch das Kabinettsamt jetzt ihr erstes großes Reformgesetz herausgebracht. Es bringt, rein äußerlich gesehen, zunächst eine Umkehr des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“.

Dieser Name des Staates verschwindet. Es gibt künftig nicht mehr ein aus drei Stämmen zusammengelegtes Königreich, sondern ein einheitliches Königreich Jugoslawien. Dieser einheitliche Staatsname ist ein Symbol. Die Dreiteilung soll verschwinden, es soll ein einheitliches Reich existieren — allerdings ein Reich, das wiederum zerlegt wird in eine Anzahl Bezirke mit einer gewissen Selbständigkeit. Man hat das gelamete Land in neun Banate eingeteilt, die nicht mehr die historischen Stammesnamen tragen, sondern nach den Städten genannt sind. Die Jugoslawien durchnähen. Als zehnter Verwaltungsbereich steht neben den neun Banaten die autonome Verwaltung der Hauptstadt Belgrad.

Die Grenzen der Verwaltungsbezirke beruht auf den die Stammesgemeinschaften, schließen sich eng an die altserbische Stammesstruktur an, aber sie vermeiden doch eine Stammesgesetz-Federalisierung.

Darauf stützt es sich, wenn dieses Reformgesetz der diktatorischen Regierung bei den einzelnen Stämmen scharfe Kritik gefunden hat. Vor allem bei den Kroaten ist man nicht unzufrieden, weil welenliche Teile der kroatischen Bevölkerung anderen Verwaltungsbereichen zugeteilt sind. Aber man beanstandet auch, daß der Leiter der künftigen neuen Verwaltungsbezirke, der Banat, keine Vollvertretung zur Seite hat, daß seinem Bestimmungsbereich die Polizei und das Militär entzogen sind. Militär und Polizei werden im gesamten jugoslawischen Staat künftig zentral von der Regierung verwaltet, so daß sie ein zuverlässiges Machtmittel

den einzelnen Verwaltungsbezirken gegenüber in der Hand behält. Es wird in Regierungsstellen zwar zugeführt, daß das jetzige Gesetz nur einen Rahmen darstellen soll, und daß später daran gedacht ist, frei gewählte Banatlandsräte einzuführen, über denen ein allgemeines jugoslawisches Parlament stehen soll. Aber man weiß, daß solche Bestimmungen, fast von allen diktatorischen Regierungen

abgegeben werden, und bei einem großen Teil der Einzelstämme Jugoslawiens hat man in dieser Beziehung einen jenseitigen Vertrauen, als durch das neue Gesetz die Durchführung von Vereinbar und Organisationen, die den Stammesnamen tragen, unmöglich gemacht wird.

Im ganzen genommen ist also der Versuch der diktatorischen Regierung, durch eine Zentralisierung des Staates zum Einheitsstaat zu kommen, ein Experiment, dessen Erfolg abgewartet werden muß.

Aus dem In- und Ausland.

Einmarsch gegen Kaufmanns Angebot an Polen.

Warschau, 9. Oktober. Gegen das vom deutschen Konsulent in Warschau, Ulrich Kaufmann, gemachte Vertragsangebot von 200—350 000 Tonnen für ein polnisches Kohlenkontingent haben die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des obersteleischen Bergbauwesens gemeinsam Einmarsch erhoben und darauf hingewiesen, daß für ein derartiges Angebot entsprechende polnische Zuständigkeiten auf dem Zollgebiet und einem reinen Weltmarktvertragsvertrag nicht egeben.

Gödingen kauft sich benachteiligt.

Warschau, 9. Oktober. Der „Kurier Gdyniamy“ macht der Lokalbahn in Gdynia, die polnische Staatsbahn, die den Gödingen Hafen und die polnischen Staatsbahnen abteilt, indem sie ihr Rohmaterial über Deutschland bezöge. Die polnischen Verbraucher der Lokalbahn hätten keine Ursache, den deutschen Waren und den deutschen Eisenbahnen durch Vermittlung ihrer eigenen Legalindustrie jährlich etwa 200 Millionen Zloty zu zahlen. Die Stammleinfuhr müßte in Zukunft über Gdingen gehen.

Umwidmung des französischen Kabinetts?

Paris, 9. Oktober. Der „Excelsior“ befaßt sich mit den anfragen politischen Lage, die die französische Kammer bei ihrem Zusammenritt am 22. Oktober vorfinden wird. Eine große Bedeutung komme der radikalsozialistischen Lagung in Rom zu, auf der darüber Beschluß gefaßt werden soll, ob die Radikalen bereit sind, sich einer Regierungsbildung anzuschließen, oder ob sie in der Opposition verharren wollen.

Geschick der Araber Palästina an Haycraft.

London, 9. Oktober. Der arabische Palästina in Palästina hat nach Jerusalemer Meldungen an den früheren Obersten Richter in Palästina, Sir Thomas Hogcraft, ein Telegramm geschickt, in dem er aufgefordert wird, die arabische Sache vor dem Unterhandlungsausschuss zu vertreten. Sir Thomas Hogcraft wurde freigelegt, hinsichtlich seiner geeigneten Rechenschaft mit der Regierung der Araber zu beraten. Sir Thomas Hogcraft war von 1921 bis 1927 oberster Justizbeamter in Palästina.

Steuererleichterung in Frankreich.

Paris, 9. Oktober. Der Entwurf des Generaldirektors der Finanzkommission der Kammer, Chappedelaine, über die geplanten Steuererleichterungen sieht eine Ermäßigung der Einkommensteuer von 10 auf 12 v. H. vor. Zum Schuß der kleinen Sparer sollen gewisse Nachfolge- und Erbschaftsteuer von 18 auf 16 v. H., der Steuer auf industrielle und launfamännische Gewinne von 15 auf 12 v. H., der landwirtschaftlichen Gewinne von 12 auf 10 v. H., der Wertpapiersteuer von 18 auf 16 v. H. herabsetzen. Ferner soll die Zugunstdrucke, was unter anderem das Automobil und die Automobilindustrie gehören, Steuererleichterungen erfahren.

Kleine politische Meldungen.

Harziman stellt ein Angebot an Polen zurück. Die Vertreter Harzimans sollen mitgeteilt haben, daß der Konzern sein Elektrizitätsangebots für Polen zurückzieht.

Regierungsausschuss in Tzsoz aufgehoben. Im Gebiet von Tzsoz ist der Regierungsausschuss aufgehoben worden. In Tzsoz und Tschai dagegen bleiben die bestehenden Beschränkungen vorläufig noch in Kraft.

Der neue Obersteleischer in der Nordmandschurie. Die chinesische Regierung hat die Nordmandschurie zum Obersteleischer der chinesischen Streitkräfte in der Nordmandschurie ernannt.

Eine neue chinesische Note an Rußland. Die chinesische Regierung hat in einer russischen Revue wegen der angeblichen Beziehungen von Rußland, Staatsangehöriger, erklärt, daß in China von einer solchen Beziehung nichts bekannt sei.

Aus der Umgegend.

Nebra, 10. Oktober.

— Personalien. Ans Baunersrod: Am 1. Oktober ist Pfarrer Kollmar in den Ruhestand getreten. Dazuzutritt: Schornsteinfegermeister Schroppe ist hier zum Regierungsverwaltungsrat ernannt. Wendenfeld: Es sind ernannt zum Vorsitzenden des Schulsausschusses Ortsbürgermeister Wendenfeld und zum stellvertretenden Vorsitzenden Pfarrer Witrow in Wendenfeld. 23. Oktober: Auf die Dauer seiner auftragswelken Beschäftigung ist Schulamtsverwalter Herrmann vom kommunalwissenschaftlichen Schulverwalter des hiesigen Schulamtsverwalters ernannt. — In dem Schuldienste sind auftragswelken beschäftigt: der Schulamtsverwalter Erich Wiskner aus Wehrmannsdorf mit der Verwaltung einer Lehrstelle (Stelle Wahrenholz) in Godes; Volkand in Krukenburg (Lehrer- und Organisationsstelle, bisher Wechschild), Golt in Jüchelsjö (Lehrer- und Rüststelle, bisher Stürmer), Ebbke und Schulte in Nebra (Lehrstellen).

— Gönzigtlich angestellt: Werner Scholmann, bisher einwärtig, als Lehrer und Rüstler in Nebra, Diego als Lehrer in Oberhamon, Hermann Hubbe, bisher einwärtig, als Lehrer in Godes, Karl Wehse, bisher auftragswelke, als Lehrer in Micheln. Verstorben sind: Lehrer und Kantor Wechschild aus Stückenburg, Lehrer und Kantor Stürmer aus Jüchelsjö, Lehrerinnen Martha und Klara Kregel aus Nebra und Halle a. S. Aus dem Schuldienste des Regierungsbezirks Wehrmannsdorf ist entlassen Schulamtsverwalter Erich Wahrenholz aus Godes behufs Übernahme einer Stelle im Schuldienste der Stadt Wehrmannsdorf.

— Ein neuer Wendenfeld. Vor einiger Zeit konnten wir von Autofahrern in Gestalt von hart aufeinandergefahrenen Krampen, die über die Chauffeur fuhr hinter Giebelsdorf geworfen waren, berichten. Heute wird uns nun mitgeteilt, daß in der vergangenen Woche auf berfelben Chauffeur, zwischen Einmünder Godeshausen und dem Duerfartier Krukenburg, in den Abendstunden eine Schußsache, die voraussichtlich den Strohenbauarbeiten gehört, quer über die Straße gestellt wurde. Wie leicht können Menschen von Autos durch einen solchen Streich in Lebensgefahr gebracht werden. Um derartigen Unfällen vorzubeugen, wäre es angebracht, wenn die Strohenbauarbeiter in Zukunft die Karren durch Ketten an Bäumen angeschlossen, wie man es auf anderen Landstraßen auch wiederholt findet.

— Beginn der Pilzzeit. Die Pilzzeit hat wieder begonnen. Der Regen der letzten Tage hat die Pilze, besonders den Champignon, aus der Erde schießen lassen. Sein Gut leuchtet auf den abgewanderten Wäldern, auf denen er in Gesellschaft vorkommt, hell fernor. Beim Pflichten adle man besonders auf die Kamellen an der unteren Seite, die nicht wie beim gelichen Champignon weiß, sondern blaß und bei älteren Schwämmen dunkel find.

Verzicht bei Bestellungen.

In verschiedenen Orten haben in letzter Zeit Kaufmannschaften vorgebrochen, die auf Bilder Besetzungen abnehmen. Die vorgeordneten Leute legen ihren Kunden (meist amerikanischer Herkunft) nach Abschluß eines Geschäftes gedruckte Formulare vor. In den Formularen stehen aber ganz andere Bedingungen, als bei der gedruckten Besetzung ausgemacht worden waren. Z. B. steht eine Bemerkung darunter: „Unterschiede(r) verpflichtet sich gleichzeitig zur Entnahme eines Bilderrahmenes zu dem Bilde, lieferbar von unserer Firma. Der Preis eines Bilderrahmenes beträgt 100 bis 200 RM. Muster werden später vorgelegt.“ Ohne diesen wichtigen Satz zu lesen, geben viele Besteller — besonders Bestellerinnen — ihren Namen abzugeben unter das Formular und verpflichten sich zur Entnahme eines solchen teuren Bilderrahmenes. Wir raten eindringlich: „Unterschiede(r) nichts, wenn du nicht vorher Wort für Wort gelesen hast.“

Polgebien. [Wolfsbegehren gegen Youngplan.]

Der Drucksatz für das Volksbegehren hatte für Dienstagabend eine öffentliche Berathung einberufen, in welcher der Schriftsteller Böhm, Halle über „Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Youngplans“ sprach. Der Redner führte die Befürchtung noch einmal zurück in die Zeit des 1. August 1914, der ein geordnetes Volk war. Leider dauerte die Einsicht nicht lange, die Parteifunktionäre sorgten bald dafür, daß die vernünftigen Parteimitglieder nicht erschienen, um ihre Ansicht zu erhalten. Diese Grenzen haben sich verschärft und betrieft bis zu heutigen Verfassung. Dies ist das Grundbüß, das es dem Fernbüden ermöglicht hat, mit den deutschen Wäldern zu unversichtigen, wie wir es in der 10-jährigen Friedenszeit erleben mußten. Die einzelnen Lebensbedingungen am Wege bis zum Young-Plan — Versailles, Spa, London, Genf, Locarno, Dawes-Plan usw. hätten eine Steigerung der uns auferlegten Lasten gebracht und nun im Young-Plan ihre Krönung gefunden. Die Worthelle, die angeblich erzielt, fangeunehmen folgende Zahlen: Im Brierevertrag in die Debatte geuortnen 26 Milliarden; Versailles 105 Milliarden, nicht festgelegt in der Hoffnung, später noch mehr herauszulassen. Die Hoffnung erfüllte sich in London: 132 Milliarden. Und nun im Young-Plan 114 Milliarden, ohne die geschätzten Milliarden, und 8 Milliarden Dawesplan. Zeit, fortzuschreiten: Versailles bestimmt ein Verschulden, als bis 1950, Dawesplan bis 1961, Young-Plan bis 1988. Um die Dawesplan von 8 Milliarden aufzubringen, mußten wir 15 Milliarden Schulden mit einer Zinslast von 1 Milliarde 400 Millionen. Gaß der Dawesplan als Versuch und an den Brierevertrag gebunden, ist dies beim Young-Plan nicht der Fall, denn er steht ohne Brierevertrag, statt in Star, in Gold und Renten zahlbar. Die Wälder, die man uns als Greisehörung schenkt, müssen auf andere Art und Weise wieder abgebracht werden. Ob wir zahlen können oder nicht, zahlen müssen wir und wenn Deutschland zu Grunde geht. Die Abmündung, die jetzt erfolgt, wird auch ein Erfolg angehen, aber in Wirklichkeit war diese im Friedensvertrag nach 10 Jahren sowieso vorgehen. Wir müssen den Weg der Brierevertrag erkennen und die Brierevertrag erfahren, um uns es geht. Die Annahme des Young-Planes werden bald führen, daß das deutsche Volk der Verflüchtung und Verelendung anheimfallen. — Nach ihm sprach Professor Wolt. Seine fungen aber klaren Ausführungen beleuchteten die schweren Folgen, die aus einer Durchführung des Young-Planes der Wirtschaft entstehen, wie ein Vertrieb nach dem andern vom ausländischen Kapital verschluckt wird. Die Folge davon wird verschärfte Arbeitslosigkeit und schließlich allgemeiner Verfall sein. Auch ein großer Teil derjenigen, die für die Annahme des Young-Planes sind, müssen, daß eine Erfüllung vollkommen unmöglich wäre, trotzdem wären sie bereit, ihre Unterfertigung zu geben. Soweit dürfte sich das deutsche Volk nicht erheben, daß es sich freigeht einer Entscheidung aus dem Wege gehen und ein falsches „Ja“ geben, um sich wieder eine Alternative von einigen Jahren zu erlauben, zu erlauben mit seinen letzten Werten, die es noch befiße. Deshalb sei es Pflicht jedes christlichen Deutschen, den Kampf gegen den Young-Plan zu führen. — Pfarrer Witrow sprach anschließend über die immer noch auf uns laufende Lüge von der Schuld Deutschlands an Weltkrieg. Das Volksbegehren steht im Paragraph 1 des eingetragenen Gesetzes den Brierevertrag gegen diese schändlichen alle Lügen des Fernbüden vor. Der Kampf gegen die Schuldfrage müßte mit aller Macht weitergeführt werden, um diese Schmach, auf der der ganze Vertrag von Versailles ruht, von deutschen Völkern zu nehmen und damit den ganzen Schwendefriedensvertrag zu Fall zu bringen. Deshalb gelte es, geschlossen einzutreten für das Volksbegehren. Alle drei Redner fanden ein außerordentliches Publikum, das ihnen für ihre Ausführungen reichen Beifall spendete.

— Micheln. Durch Beschluß des Staatsministeriums sind die Orte Gießeln, Cuthagen, Jorban, Böhler und Alkersdorf mit der Stadtgemeinde Micheln vereinigt worden. Die Stadt Micheln wird hierdurch die größte Stadtgemeinde im Kreise Duerfart, denn ihre Einwohnerzahl erhöht sich durch Einmündern obiger Ortsteile von 2650 auf über 7000, das Stadtgebiet vergrößert sich um bisher 5800 auf nahezu 10 000 Morgen.

— Helbra. Aufschiefer Ebn. Ein junger Bursche aus Ebnorf, der vor einiger Zeit einem zehnjährigen Mädchen den Lohn des Vaters und zweier anderer Bergarbeiter entziehen hatte, wurde vom Verwaltungsamt in Ebnorf festgenommen. Der Täter gab bei der Vernehmung zu, daß er öfters auf einzelne Teile von Johann verfallen gelitten hatte. Ferner hat er Arbeitskollegen die Lohnarten gestohlen und das Geld dann taufiert. Das Geld hat er dann mit „jungem Damen“ durchgebracht.

— Geversleben. Französisch hat Raffee. Beim Feldarbeiten wollte der Wärdige Landwirt Dräger aus Geversleben eine französische Raffee trinken. Er quill jedoch die daneben stehende Fische mit Französisch und trant daraus Bierdruck erlitt er schwere Verbrühungen im Magen, die ihn alsbaldigen Tod herbeiführten.

— Wiedenroth. Der „Schah“ im Alter. Bei Feldarbeiten fand man hier einen Pflanz, der die Jahreszahl 1848 und das Münzzeichen A trägt. Auf der anderen Seite befindet sich eine Krone mit der Aufschrift „300 einen Taler“. Offensichtlich erwies sich der „Schah“ für den Finder als rechter Goldstückpflanz.

— Witten. Mit beiden Armen in das Gericht. Der Wärdige Albert Hennis erlitt einen ihmigen Unfall, indem er mit beiden Armen in das Gerichte seiner Mühe geriet. In schwererstem Zustand wurde er in eine Sächsische Klinik gebracht.



MAGGI-WÜRZE
hilft in der Küche sparen!
Schon wenige Tropfen geben Suppen, Soßen,
Gemüsen, Salaten kräftigen Wohlgeschmack.

Eisenach. Um das Reichschremonat. Hier trat letzter Tage der Reichsausgleich für das Reichsrechnen unter Führung von Geh. Rat Dr. Professor Bobo Ehardt in, um das letzterzeit von Eisenach vorgelegene Gelände und die Umbauarbeiten zu beschließen. Die Kommission setzt aus Architekten und Künstlern Professor Dr. Kreis, Professor Dr. Dietmann, Professor Holzer, Dr. Kießling) und bestreift auch die anderen in die engere Wahl gezogenen Projekte. Sie kam von Bad Berka und hielt die Reise zum Rhein fort.

Schmaltdalen. Mit dem Beil wird geschlichtet. Familienwillkürleitend den Anlaß, daß in der Gattungsfrage eine Frau mit ihren Schwestern mit einer hochgehendenen Fläche losend und ihm den Kopf dermaßen zerlegt, daß der 20jährige junge Mann schwere Verletzungen davontrug und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Auch der Vater nahm gegen seinen Sohn Partei und brachte ihm mit einem Beil eine Wunde im Gesicht bei.

Amenau. Zum Bürgermeistersonnritt. Ueber den Verbleib der Affen, die die Verletzung des ersten Bürgermeisters Jüng in den Varieteland betrafen, gab Bürgermeister Birbaum in einer Erklärung dahingehend Aufschluß, daß die Affenorgane von ihm vor etwa einer Woche zur Sielungsabgabe an das Ministerium des Innern nach Weimar geschickt worden seien. Bedauerlich sei es, daß es ihm so schwer gemacht werde, sein Amt in Vertretung des ersten Bürgermeisters pflichtgemäß zu führen. Wenn es so weitergehe, so ließe die Auflösung des Stadtrates vor der Z. Ernsthaftige Erwägungen darüber schweben bereits.

Wafungen. In der Nacht zum Montag sprang ganz unbemittelt ein flacker Hirsch aus dem Staatswald auf die Landstraße zwischen Schwollungen und Wafungen a. d. Werra gerade in dem Augenblick, als das mit drei Personen besetzte Automobil des Kaufmanns Hermann Brandt aus Wafungen mit großer Geschwindigkeit die Straße passierte. Der Zusammenstoß war furchtbar; der Automobilist überlebte und wurde den 27 Jahre alten Fahrer Wiedrich von Wafungen. Der beschlagene Automobilist Fritz Schneider erlitt einen doppelten Schädelbruch und fand auf dem Transport ins Krankenhaus. Der Wäcker des Wagens brach beide Beine und trug außerdem schwere inneren Verletzungen davon.

Leipzig. Man vergeht sich an einer Trauerflagge. Nachts ist aus Anlaß des Todes des Reichsaussenministers vom mexikanischen Konsulat in der Karlstraße halbhohe gehetzte Konsulatsflagge (grünweißrot mit Rapfen) von unbefangenen Tatern zerissen und ein Teil davon entwendet worden. Politische Gründe gehen vermutlich aus.

Leipzig. Die Erhaltung des alten Johannesriedhofes ist seit vielen Jahren eine der vornehmsten Aufgaben vieler Freunde der Stadtgeschichte Leipzigs. Besonders der „Verein der Geschichts Leipziger“ hat sich für das Belieben des alten Friedhofes seit Jahrzehnten eingesetzt und vor allem bei dem Stadonverus Grafen Matus darin bemüht, daß dieses Stück Geschichte so weit wie möglich unangetastet bleibe. Augenblicklich besteht die Gefahr, daß der alte Johannesriedhof aus verkehrsrechtlichen Gründen eine weitere Umgestaltung erfährt, als nötig ist. In einer Eingabe an den Rat tritt der „Verein für die Geschichte Leipzigs“ unter Führung des Biergastwirts Johanners Rudolf Dimpfel für eine Umgestaltung des alten Johannesriedhofes zu einem Ehrenfriedhof ein, der eine neue Sehenswürdigkeit Leipzigs werden könnte.

Aus Rath und Fern.

Burg. Ein Fürtörgeesjüngling „räst“ sich. In der Nacht zum 6. August 19. Es ging die große Scheune des Dreiflügelers Wismodek in Schlagelbren in Flammen auf. Futtermittel in großen Mengen wurden vernichtet. Während die Feuerweh und die Einwohner im Schweiß ihres Angesichts arbeiteten, um die Wohngebäude zu erhalten, Rand nicht weit von der Brandstelle ein junger Bursche und ignorierte die Gefahr, daß die Scheune nur durch Brandstiftung entstanden sein konnte, letzten jedoch die Ermittlungen des Oberlandjägers Erding ein. Dieser sagte schon am nächsten Tage den jungen Burschen, der in der Brandnacht von weitem dem Wüten des verheerenden Elements zugehauert hatte. Es war der Wächtige Arbeiter Wismodek, der die Scheune in Flammen aufsetzte, was die Feuer angelegt zu haben. Otto Bähr war aus der Fürtörgeantalt Ende bei Halle, in der er schon früher gekommen war, ausgesiedert, weil er Gehilnde nach seinem Heimatort hatte. Nach vierjähriger Wanderung landete Bähr Anfang August in Wogdenburg. Dort war gerade Schützenfest. Der große Trübel erleichterte Bährs einen Fürtörgeantalt. Mit dem gebliebenen Rade landete Bähr am nächsten Tage in Schlagelbren. In der Wohnung seiner Mutter fand er einen ihm fremden Mann als Stiefvater und vier ihm fremde Kinder als Stiefgeschwister vor. Er verließ dort wieder das Haus und wollte in die Fürtörgeantalt zurückkehren. In Bären besann er sich wieder eines anderen und wanderte nach Schlagelbren zurück. Dabei gedachte er seiner treulosen Jugend in der Fürtörgeantalt und es kam ihm der Gedanke, an dem Manne Rade zu nehmen, der nach seiner Ansicht die Schuld daran trug. Bähr Mann war, so dachte Bähr in seiner Einnicht, Vater Wismodek. In der Nacht zum 6. August schloß er sich an die Scheune des Wärrers, schlug in die Lehmann und Loth, zündete ein Streichholz an und steckte den Anfaß der Scheune in Brand. Bähr fand jetzt vor dem Richter. Es kam jedoch zu keinem Urteil, da man sich erstlich dem Angelegenheit in einer Heilanfall unterzuziehen, um hier die Unterführung seines Gewissenslaufes vornehmen zu lassen.

Dresden. Brandunglück in der Sächsischen Seeweg. In Reinhardtstadt ging das der Witwe Kind gehörige Anwesen in Flammen auf. Das Feuer war im angebauten Stall zum Ausbruch gekommen. Hausbesitzer vernahm einen Krall. Die an der hölzernen Eindebe angebrachte elektrische Lampe war geplatzt. Eine Stiefschwamm legte die ausgebratene Decke und das darüber lagernde Heu und Stroh in Brand. Mit rasender Schwelgeit überbreitete sich die Flammen, angefaßt durch heiligen Wind, über das Anwesen, in dem vier Haushaltungen ihr Dasein führten. Während man noch mit der Rettung des Viehes beschäftigt war, schüllten Feuer und Rauch über das ganze Grundstück ein. Es gelang nur wenig aus den

Abschungen zu bergen. Selbst das Rargel verbrannte mit. Dem Brande fiel ein vollständig neue Wägen-angebaltung eines jungen Ehepaares zum Opfer. Die freiwilligen Feuerwehren von Reinhardtstadt und Schöna standen dem Feuer maßlos gegenüber. Einmal handelte es sich um ein Grundstück alter Bauart, dann herrschte auch großer Aufregung. Die Wärrerin, Witwe Kieß, erlitt vor Schreck einen schweren Herzentanfall und mußte nach Bad Schöndau ins Krankenhaus gebracht werden.

Böblingen. Leichfliegerzugbahn. Durch das Entgegenkommen der Stadt konnte des Staates ist die Umstellung der Leichfliegerzugbahn Klemm G. m. b. H. in Böblingen eine vollendete Tatsache geworden. Das Anwesen der Leichflieger G. m. b. H. Feuerbach am Flugplatz entlang der Keuner Straße ist von der Stadt für 50 000 M. gekauft worden. Es wird der Leichfliegerzugbahn G. m. b. H. gegen entsprechende Bedingungen zur Verfügung gestellt. Mit einem Darlehen von weiteren 50 000 Mark ist der Erweiterungsbau, der unter städtischer Leitung steht, bereits in Angriff genommen worden. Vom Staat ist ein Zuschuß von etwa 70 000 Mark zu erwarten.

Samburg. Zur Strandung des Sappagdamphers „Söckst“ teilt die Hamburg-Amerika-Linie mit, daß man die Hoffnung, das Schiff fest zu bekommen, noch nicht aufgegeben habe und die Rettungsversuche fortgesetzt würden.

München. Die Villa Stud verteidigt. Beim Notariat V von Termin zur Verteidigung der herrlichen Villa Stud, des wahren Paradieses und lebenswerten Hofes des verstorbenen Münchener Malers und Akademieprofessors Franz von Stud an der äußeren Petrusgasse abzuhandeln. Der Termin hatte das Ergebnis, daß der prägnante Beiß für den Preis von 351 000 Mark von Herrn und Frau Konjul Seilmann erworben wurde. Frau Konjul Seilmann ist eine geborene Stud.

Saarbrücken. Der Typus im Saargebiet. Die Zahl der Typisten im Stadtbüro Saarbrücken beträgt nunmehr 41. Zwei Kranten sind gestorben. In der lehrreichen Nacharbeit wurden in Forbach und in Kleinroteln 30 Typusfälle festgestellt, wovon zwei tödlich verliefen. Die Typusepidemie, die seit einigen Wochen Steatens-Salins heimlich, scheint zu erlöschen. Ohr sind Neben Personen erlegen.

Kleine Chronik.

Ein Todesopfer einer blutigen Holzstischlerei in der Namia. Im Kranenhaus Verdesaden farb der 21 Jahre alte Bergführerpraktant Michael Dörmann, der bei einem blutigen Holzstischlerei in einer Gehirntischlerei, in der Kamien immer verlegt worden war. Die Leiche wurde gerichtlich beschlagnahmt. Der Verforbene war einer der bekanntesten und erfolgreichsten Skiläufer des Verdesadener Landes.

Erdbeben auf Kamtschatka. Wie aus Moskau gemeldet wird, verzeigte das Observatorium Julkowo bei Penningrad ein starkes Erdbeben, dessen Herd auf Kamtschatka vermutet wird.

Streik der Gemüße- und Dölkseeranten in Neuport. Ein Streik der 20 Neuporter Gemüße- und Dölkseeranten hat begonnen, die die achtstündige Arbeitszeit fordern. Man schätzt die Güter, die hierdurch dem Verderben preisgegeben sind, auf etwa 5 bis 6 Millionen Dollars. Lange Reihen belabener Waggons liegen an den Piers und werden nicht gelöscht. Verärzte Holzstischlerei verließen den Dölkseeranten in den Gegenden, wo Streikaktionen ausgeführt sind. Die Staats- und Gemeindevertreter versuchen zu vermitteln, da man um die Versorgung der Neuporter Bevölkerung beorgt ist.

Verhaftung betriebsföhrer Geldleute in Belgien. Drei Geldleute, die Gebrüder Wombel, sind hier verhaftet worden. Ihre Firma vertrieb Nelkeme-Vergiftungen und hat jetzt eine Bilanz auf einen Verlust von 10 Millionen Mark. Die drei Beschuldigten unterziehen sich ein Haftgefangnis, in dem sie für Geldbelagen bis zu 20 v. H. Jinsen antoben.

Ein Boot mit 23 Arbeitern gesunken. — Drei Personen ertranken. In der Nähe von Warshaw wollen 23 Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Boot zu ihrer Arbeit über einen Fluß gehen. Das Boot wurde vom Ufer entfernt begann sich das überlastete leichte Fahrzeug mit Wasser zu füllen und sank in wenigen Augenblicken. Sämtliche Insassen verluden, sich schwimmend an Land zu retten, wobei zwei Arbeiterinnen und ein Arbeiter ertranken.

Teilnahme eines internationalen Hofstaplers. Der Rigor Hofstapler ist es gelungen, einen gefährlichen internationalen Hofstapler zu verhaften, der sich als Getreide des Finanzministeriums des Völkerrundes ausgab und behauptete, ein Bruder des schweizerischen Bundesrates Motta zu sein. Die gefälligen Ausweise und das tabellöse Auftreten des Hofstaplers hatten ihm den Zutritt zu zahlreichen leitendenden Behörden, insbesondere zum Finanzministerium, verschafft. Der Hofstapler hat es auch verstanden, Beziehungen zu mehreren Bankdirektoren anzuknüpfen. Eine Hausungslid in der Wohnung des Hofstaplers förderte mehrere gefällige Pässe, Stempel, Formulare u. m. gutage.

Maria Orska gefunden.

In Würzburger Krankenhaus ausgenommen.

Die hiesigen Verwandten der Schauspielerin Maria Orska erhielten heute einen Brief der Nervenabteilung der Universitätsklinik in Würzburg, in dem sie verständigt wurden, daß die Künstlerin seit Mittwoch dort liege. Maria Orska wurde vom Juperionalen Kommissar in einem Brief des Wiener Schauspielerverbandes, neben ihr lagen mehrere leere Morphiumampullen. Der Bahnhofsarzt ließ die Schauspielerin, die immer noch bewußtlos war, durch Sanitätspersonal in die Klinik nach Würzburg bringen. Dort lag Frau Orska zwei Tage in tiefer Bewußtlosigkeit. Nach und nach beginnt sie zu sich zu kommen, doch ist ihr Erinnerungsvermögen noch immer fast zertrübt. Sie ist noch immer nicht in der Lage, eine Schilderung des Vorfalles zu geben. Sie hat nur den Wunsch geäußert, daß man ihre Angehörigen von ihrem Verbleiben verständigen soll. Die Würzburger Nervenklinik teilt noch mit, daß der Zustand der Patientin zwar verhältnismäßig gut sei, daß es jedoch nicht ratam sei, die Künstlerin in der nächsten Zeit ohne Begleitung reisen zu lassen.

Wo ist Senator Niebour?

Infolge seelischer Niedergelassenheit Selbstmord verübt?

= Lübeck, 8. Oktober.
Hier wird der Senator Niebour vermisst. Entgegen der Annahme, daß dem Senator ein Unglück zugefallen sei, wird jetzt von anderer Seite behauptet, daß Selbstmord vorliege.

Niebour hat im Kriege eine schwere Kopfverletzung erlitten, die ihm durch immer wieder notwendig gewordene Nachoperationen dazu in schiffen machte und auch schwere seelische Störungen im Gefolge hatte. Seelische Niedergelassenheit belief ihn häufig.

Ein ähnlicher Vorfal soll sich vor wenigen Tagen abgepielt haben. Niebour ist bis spät in die Nacht hinein in fröhlicher Stimmung mit Freunden zusammengewesen sein. Später sei er dann allein nach Hause gegangen und man nimmt an, daß er vielleicht in niedergedrückter Stimmung in die Traue gegangen sein könnte.

Der neueste Flugretford

Coste hat 9610 Kilometer zurückgelegt.

Paris, 8. Oktober.

Ein Telegramm des französischen Gesandten in Beijing an den Quai d'Orsay belegt, daß der französische Konjul in Charbin sich nach Tifflrat begeben habe, um den französischen Flieger Coste und Bellonte behilflich zu sein, da die Flieger nicht die Erlaubnis hätten, dieses Gebiet zu überfliegen. Beim französischen Gesandten in Beijing traf ein Telegramm der Flieger ein, das folgenden Wortlaut hatte:

„Wir sind am 29. September in einer unbekanntem Gegend der Provinz Seilungiang angekommen, nachdem wir in unbeschriebenen Fluge 9610 Kilometer zurückgelegt und darzi sämtliche Stredenweltreorde für Flugzeuge gebrochen haben. Wir brauchen eine Woche, um nach Tifflrat zu gelangen, wo wir am 8. Oktober eintrafen.“

Coste und Bellonte sind augenblicklich Gäste des Gouverneurs der Provinz Kirin. Sie beschäftigen, nach Auffüllung von Brennstoff ihren Flug nach Tokio fortzusetzen.

Schwere Sturmschäden in Frankreich

Aus den verschiedenen Gegenden Frankreichs liegen Meldungen über schwere Stürme und Unwettergeschäden vor. Beispielsweise sind in der Gegend von Aniane alle Telegraphen- und Telephonleitungen durch die schweren Stürme abgebrochen. Zwei Häuser wurden von den Wellen fernemgen unterpflüht und führten gerade in den Augenblick zusammen, als die Bewohner die Wohnungen verlassen hatten. Eine Eisenbahnlinie wurde durch die Fluten fortgeraten. Der Zugverkehr ist stillgelegt. Der Präfekt hat Veterantruppen zur Hilfeleistung im Auto abgefaßt.

... und an der englischen Südküste.

Ein schwerer Sturm, der zeitweilig eine Geschwindigkeit von 70 Stundenmeilen erreichte, hat an der englischen Südküste schweren Schaden angerichtet. Mehreren Familien aus Bexen, eine sehr große Anzahl Menschen wurde aus Seenot gerettet.

Mutter und Kind.

Jeder Mutter höchster Ergeißel möchte es sein, ihr Kind groß zu kennen, kein volles Vertrauen zu besitzen. Aber ihre Hauptorgane ertraden sich zuerst auf äußerliche Dinge. Daß es lauter gemahnen, hüßig gefiebt ist, daß es seine Mutter richtig erhält und seine Schularbeiten gut macht, ist ihnen vor allen Dingen wichtig.

Gewiß, alle diese Sorgen sind vernünftig und von allen diesen äußeren Dingen soll keines vernachlässigt werden. Nur darf darüber des Kindes innere Entwicklung nicht vergessen werden, und all diese äußeren Sorgen dürfen nicht zur Verdringung werden, wobei des Kindes Seele denn leimerrlich arbeiten müste. — Körper und Geist, beides bedarf der Pflege. Wägt die Mutter ist die Freude, die nur die Rechte des Körpers anerkennt und ihr die sorgfältige Pflege widmet, sondern die, die sich daneben auch um das Seelenleben ihres Kindes tief und eingehend kümmert.

Es ist gar nicht notwendig, daß man kein Kind auf Seelenleben tritt überwand. Auch dieses allen angestrichen Übermaß ist oft Verdringung. Aber man muß wissen: des Kindes Seele ist es, wir leben seinen Schritt tun, den die Mutter nicht wissen sollte. Das unbegrenzte Vertrauen seiner Kinder zu besitzen, ist eine Aufgabe, die sich früher der Mühe lohnt.

Wenn man auch Verständnis für die kindlichen Leiden und Treiben hat. Wenn das Kind in seiner Herzensschuld zu seiner Mutter kommt und alles erzählt und berichtet, auch Ungehörigkeiten, dann darf die Mutter nicht gleich mit bösen Worten über das Kind herfallen und es mit Vorwürfen ohne Ende überhäufeln. Die Mutter muß die Offenheit des Kindes würdigen, nicht, indem sie zu allem Ja und Amen sagt, sondern dadurch, daß sie bei dem Kinde in aller Liebe und Güte die Neue über ein begangenes Unrecht zu weden lügt.

*** Das große Los — ein Unglückslas.**

Das eigentümliche Schicksal des Gewinners des großen Loses hat in Breslau großes Aufsehen erregt. Es erinnert an das Unglückslas, das einem Eisenbahnarbeiter in einem kleinen schlesischen Orte vor wenigen Tagen bei Verkauf eines Motorrades erglückte, mit dem er dann in der Tod fuhr. Der Konbitreiber Nr. 1 wurde in Breslau wegen seines ungewöhnlichen Geschickes allgemein beneidet. Er galt als ein Glückfisch, denn bei seinen geschäftlichen Unternehmungen blieb der Erfolg nie aus. Von einem V. auch noch das „Große Los“ der höchsten Staatslotterie, das er mit 400 000 Mark ausgegahet erhielt. Die Freude des Gewinners konnte keine Grenzen. Er wurde von einem wahren Glückstaumelel erloft und persicherte seine Konbitore an einen Neffen. Dann wurde eine Wila gegeben und die Jinsen des abgibgeliebenden Gebens sollten dem Glückspis ein geführtes Auskommen bieten. Herr V. ist ein ruhiges Leben ohne Sorgen und geschäftlichen Klerger vor. Da stellte die Panf unerwartet ihre Zählungen ein. Die Gläubiger sollen, so heißt es, noch nicht einmal ein Drittel ihres Geldes wiedersehen. V. hat sich den Verlust so zu Herzen genommen, daß er an einer besitzigen Herentransport in einer Helfenshaft barriere liegt.

*** Rinkliches Gold ...**

aus München kommt die sensationelle Nachricht, daß der dort wegen Schwindeln in Untersuchungshaft sitzende Joz. Goldmacher Tausend unter Verwendung vieler Beamter in der Wägen landtäufige Raub verübt hat. Die Nachricht stimmt nicht wunderbar, aber alles als ihre Wägen hinzunehmen, wollen wir unserem Leserkreis nicht anraten. Vorläufig möge noch niemand sein Besitz habendes Gold veräußern.

Die Lehrer der Provinz Sachsen.

Die 55. Haupt- und Vertreterversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen...

1. Wirtschaft und Schule sind Gesellschaftsgebilde — Organfunktionen — volklich-staatliche Gemeinschaft. Sie wirken aber in eigenen Lebensbereichen.

a. Die Wirtschaft ermöglicht dem Staate die Erziehung und Erhaltung von Schulen. Sie entnimmt der Schule die für das Leben vorbereiteten Menschen...

b. Die Wirtschaft verlangt von der Schule, daß sie ihre Bildungsaufgaben durch Einführung in Sinn, Wesen und Bedeutung der Wirtschaft erweilt...

c. Von der Wirtschaft muß verlangt werden, daß sie den Menschen, den ihr die Schule bringt, der Volksgemeinschaft als Menschen erhält.

Die Volksschule muß verlangt werden, daß sie im Rahmen aller Schulen ihren eigenen Zweck klar erkennt...

Deutsche Journalisten in Prag.

Dr. Beneš über die tschechoslowakische Außenpolitik.

Anlaßlich des Besuchs reichsdeutscher Journalisten bei der Reichsgewerkschaft in Deutschland...

Außenminister Dr. Beneš.

Er begrüßte es, daß dieser Besuch dazu beitragen werde, daß man in Deutschland die Tschechoslowakei besser kennenlerne...

Zusammenarbeit mit Dr. Stresemann

zu sprechen und betonte, daß er von sehr vollem Verständnis anlaß für die menschlichen Eigenschaften Dr. Stresemanns...

Minderheiten- und Anschließfrage.

Beneš stellt sich die Frage der Minderheiten, und es fällt ihm schwer, in diesem Augenblick des Wahlkampfes davon zu sprechen...

Zum Beispiel laufe ich immer entsetzt, ob die durch die Friedensverträge zum Minderheitenrecht gezwungenen Staaten anders handeln sollten...

Zur Frage des wirtschaftlichen Osterkriegs an Deutschland wolle er sich nicht äußern. Es sei bekannt, daß er ein Gegner dieses Anschlusses sei...

Eines müsse man für die Tschechoslowakei bedenken: Ohne Vertrag sei die Tschechoslowakei mit 20 v. H. der Gesamtbevölkerung an Osterrreich...

Am Namen der reichsdeutschen Journalisten dankte Oberstaatssekretär Klüss von 'Bormiris', Berlin...

Verlängerung des Mittellandkanals durch Berlin.

Berlin, 9. Oktober. Am Berliner Rathaus trat ein Stadterordnetenversammlung zusammen zur Durchberatung der Magistratsvorlage...

Großbankfusion und Arbeitsministerium.

Berlin, 9. Oktober. Am Reichsarbeitsministerium fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Brügel eine Verhandlung der Angehörigen...

Riesendeckel des Landesarbeitsamtes Nordmark.

Hamburg, 9. Oktober. Das Landesarbeitsamt Nordmark schloß das zweite Jahr eines Bestehens bei 82 Millionen Mark Ausgaben und 52 Millionen Mark Einnahmen...

Stresemannstraße.

Saarbrücken, 9. Oktober. Die Landrats-Fraktion der deutschen (saarländischen) Volkspartei hat den Antrag gestellt...

Schweres Handgranatenunglück in Pöten.

Kattowitz, 9. Oktober. Das Dorf Komore in den Pflaumenflüssen, die während des Weltkrieges von den Truppen heftig umkämpft waren...

Zurück! Dr. F. Becker,

Nachzug für Augenkrankheiten, Naumburg-Saale, Markt 14.

Grosswangen

Zur Kirmes, Sonntag, den 13. und Montag, den 14. Oktober ds. Js., sowie zur Kleinkirmes, Sonntag, den 20. Oktober ds. Js.

Ballmusik

Es ladet freundlichst ein Bruno Stops. Küche und Keller bieten das Beste.

Hast du ein Ziel vor Augen?



Spare, dann schaffst du es sicher! Spare minderbiliger bei der Stadt-Sparkasse Nebra a.

Photograph BACH Reinsdorf b. Vitzsburg empfiehlt sich für photograph. Aufnahmen jeder Art. Komme auf Wunsch ins Haus. — Fernspr. Amt Nebra 197

Der Jungdeutsche Tageszeitung für Volkskraft und Standesfeinden. Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 218.

Wiederholungs-Blatt. Noch schöner! Noch reichhaltiger! Noch billiger! Verlag: W. Webersmann Monatsblätter.

Ein möbl. Zimmer zu vermieten. Neue Reihe 17 a. Ehrenerklärung! Gertrud Magdjug, Memleben. Donnerstags und Freitag ff. Zeitbündlinge Wwe. Meitz.

Leipziger Tagesauflage über die neueste Nachrichten 180,000. Größte, bedeutendste, einflussreichste, meistgelesene Tageszeitung ganz Mitteldeutschlands.

Das erfolgreichste Anzeigenblatt. Probenummern kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Petersteinweg 19

Neurader Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kanmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Wochentagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 120.

Donnerstag, den 10. Oktober 1929

42. Jahrgang

Das Kapital der Weltbank.

Wo wird sie ihren Sitz erblicken?

Baden-Baden, 9. Oktober.

Die Richtlinien für die Bank für internationale Zahlungsausgleich sehen ein Kapital im Gegenwert von 100 Millionen Dollar vor. Die Tagung hat diese Höhe jetzt ohne Ausprägung angenommen. Es entspann sich dagegen eine Debatte darüber, ob die sieben an der Gründung der Bank beteiligten Notenbanken ohne weiteres gemeinsam die Garantie für dieses Kapital übernehmen sollten und damit die Gründung als solches angesehen werden sollte oder ob jede einzelne Notenbank die Garantie lediglich für den dem einzelnen Lande aufzuflegenden Teil übernehmen sollte.

Hieran knüpft sich die Frage der Unterzeichnung auf den einzelnen Aktien, ob alle sieben Notenbanken diese Unterzeichnung leisten sollten oder nicht. Weiter ergriff sich die Frage, wer die Garantie für die bis zur Höhe von 44 Millionen Dollar in anderen Ländern aufzuflegenden Aktien zu übernehmen habe. Alle diese Fragen blieben noch offen.

Es besteht demnach die Absicht, zunächst die mehrteiligen und im Laufe der Zeit in Fragen zu erledigen. Man glaubt, hierzu auch kommen zu können, ohne die Frage des Sitzes der Bank (eines der Kernpunkte) zu erörtern. Die Statuten müssten dann später den Sonderbestimmungen des betreffenden Landes angepaßt werden.

Dreißigste Parlamentsarbeit.

Steuerfragen im Landtagsausschuß.

Berlin, 9. Oktober.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beriet die Novellierungen über die Grundvermögenssteuer, die Grunderwerbsteuer und die Gewerbesteuer.

Das neue Steuerprogramm wird erst Ende November oder Anfang Dezember zusammen mit dem Haushalt vorgelegt werden, nicht schon mit der Vorlegung des Haushaltsplans. Desingnationale Anträge auf Steuerermäßigung im Falle höherer Beschäftigung und auf Niederlegung der Gemeinderatsämter bei Wohnungserneuerungen und Ehebänden fanden Aufnahme. Ebenso wurde der Antrag angenommen, wonach die Zuschläge der Grundvermögenssteuer (sowohl auf wirtschaftlichen wie auch auf bebauten Grundflächen gleichmäßig erhoben und rückwirkende Befristung auf Erhöhung der Grundvermögenssteuer unterbunden werden sollen.

Somit die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer 100 v. H. übersteigen und demgemäß in der gesetzlichen Weise nicht enthalten sind, sollen sie gestundet und niedrigerigigal werden, wenn nicht Stundung und Niederlegung infolge Verkehrs ohne Verschulden des Haushalters erfolgt. Die Novellierung fand schließlich mit den Stimmen der Regierungsparteien Annahme.

Die Ansicht des Zentrums.

Präsident Kaas über Stresemanns Nachfolge.

Köln, 9. Oktober.

Im weissen Saal der Bürgergesellschaft fand die Herbsttagung des Provinzialparlamentariervereins der Rheinischen Zentrumspartei statt. Die „Königliche Volkszeitung“ berichtet aus der internen Sitzung: Die Tagung war von dem Tode Stresemanns überlagert. Dies kam nicht nur in den warmen Worten aufrichtiger Teilnahme und Trauer zum Ausdruck, die Justizrat Mönning und Präsident Kaas dem hohen Entschlafenen widmeten, sondern auch in dem Umstand, daß die vorgelebte Tagesordnung eine Minderung erfuhr. Das Referat des Reichstagspräsidenten Dr. Brüch über Youngplan und Weltprogramm fiel aus. Es sprach daher an Stelle von Dr. Weitz Reichstagspräsident Oster und Reichstagsabgeordneter Foss, während das Schlußwort der Parteivorstand, Präsident Kaas, selbst übernahm. Hierbei freilich Präsident Kaas

die Frage der Nachfolgerschaft Stresemanns nach der grundsätzlichen Seite hin. Da in der Öffentlichkeit aus sein Name genannt worden war, ging er mit einigen Wendungen darauf ein und erinnerte an seine Worte auf der Berliner Zentrumstagung vom Frühjahr dieses Jahres, daß er es sich zur Aufgabe gesetzt habe, den Top des an Ministerposten völlig uninteressierten Parteiführers wieder herauszubilden.

Er habe damals schon mit aller Klarheit herausgestellt, daß für ihn als Parteiführer die Übernahme eines Ministeriums nicht in Frage komme.

Trotzdem könne es aber dem Zentrum nach der sachlichen Seite hin nicht gleichgültig sein, wie dieses Ministerium besetzt werde. Die Idee, die Stresemanns Tod geschaffen habe, sei groß, und vielleicht sei es innerpolitisch größer als außenpolitisch. Deshalb wolle das Zentrum bei der endgültigen Besetzung des verwaisten Außenministeriums — mit welcher Person, lasse er ebenso ganz dahingestellt wie die Frage, ob Parlamentarier oder Beamter — verlangen, daß alle Mitglieder des Kabinetts die Gewürde für den inneren Bestand des Kabinetts in seinen inneren- und außenpolitischen Aufgaben föhnen.



Farbprüfungen des Photographen

ist besonders hervorzuheben: Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei richtete die Reichstagsaktion, auf die deutsche Reichsregierung einzuwirken, daß sie, entsprechend der Entschließung des Reichstages bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen sich nachdrücklich dafür einsetzt, daß der Entwurf des Reiches auf die Deutsche Reichsbahn weitgehend verstaatlicht und seiner Bindung an ausländische Forderungen entgegensteht.

Die Freigabe der überflüssigen Reuditionsanleihe ist eine wichtige Voraussetzung für eine völlige und dauerhafte Beseitigung zwischen Deutschland und England.

Die Deutsche Demokratische Partei hält es nach wie vor für ihre besondere Aufgabe, alle Arbeiten nachdrücklich zu unterstützen, die geeignet sind, die wirtschaftliche und handelspolitischen Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, die Zollstrahlen abzurufen und die Handelsverträge aufzuheben.

Die Deutsche Demokratische Partei begrüßt den Beschluß des Reichstages vom 3. Oktober 1929 zur Ratifikation des internationalen Abkommens über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote.

Was wir leisten und die anderen . . .

Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 9. Oktober.

Aus einer Darstellung, die das Reichsarbeitsministerium über den gegenwärtigen Stand der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung gab, geht hervor, daß durch die neuen Bestimmungen der jährliche Fehlbetrag im günstigsten Falle um 100 Millionen Mark vermindert wird. Da der Fehlbetrag bisher rund 280 Millionen betrug, so bleibt noch ein Fehlbetrag von 180 Millionen.

Es gibt in Deutschland 17 Millionen Versicherungs-pflichtige (in England 12, in Rußland 11, in Italien 3,5). Die Einnahmen der für die Versicherung in Betracht kommenden Anstalten belaufen sich in Deutschland im letzten Jahre auf 855 Millionen Mark (in England 860, in Rußland 110, in Italien 40 Millionen Mark). Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung betragen im letzten Jahre in Deutschland 1065 Millionen Mark (in England 1000, in Rußland 250 Millionen Mark, Italien unbekannt). Unterzogen wurden aus diesen Beträgen in Deutschland im letzten Jahre 1,3 Millionen Arbeitslose (in Rußland von 1,4 Millionen Arbeitslosen nur die Hälfte). In Deutschland erhält ein Arbeitsloser monatlich 67 Mark (in Rußland bestenfalls 36 Mark).

Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß in Zukunft auch die höheren und leitenden Angestellten bis zur Gehaltsgruppe von 8400 Mark in die Versicherung mit einzubeziehen müßten.

Arbeiterbeschäftigung bei Reichsbahn-Bauten.

Schweizerische Differenzen.

Berlin, 9. Oktober.

Der Preussische Volkswohlfahrtsminister hat in einem Entschluß mitgeteilt, daß mit dem Deutschen Reichsbahngesellschaft Meinungsvorverständnisse über die Anwendbarkeit der auf preussischen Polizeiverordnungen beruhenden Vorschriften über den Arbeiterbeschäftigung bei den Reichsbahn-Bauten bestehen. Die Deutsche Reichsbahn behauptet, daß die

Es ist bestimmt kein schönes Schauspiel, daß die Reichsbahn sich von der Polizei in Etate nehmen lassen will, anstatt die Vorschriften über Arbeiterbeschäftigung zu beachten.

preussischen Polizeibehörden nicht befugt seien, durch Polizeiverordnungen mit Wirkung für die Reichsbahnbauten Arbeiterbeschäftigungsvorschriften vorzuschreiben. Der Minister für Volkswohlfahrt bestritt im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe diese Auffassung. Derartige Polizeiverordnungen hätten auch Wirkung für die Deutsche Reichsbahngesellschaft.

In einigen Fällen sei bei ihm, Birtfelder, Klage geführt worden, daß bei Reichsbahnbauten nicht den preussischen Vorschriften über den Schutz der Arbeiter auf Bauten (insbesondere beim Gerüstbau) Rechnung getragen worden sei. Ebenso wie in Vertreten anderer Unternehmer müsse auch diesen Vertreten auf Grund der preussischen Rechtsauffassung entgegengetreten werden. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft will die Meinungsverschiedenheiten in einem Strafverfahren zur höflichstlichen Entschledung bringen. Deshalb empfiehlt der Minister, falls tustlich, in solchen Fällen die Anwendung einer polizeilichen Strafverfügung.

Mammuthant macht Schule.

Der Wiener Bankensparmentienhau.

Wien, 9. Oktober.

Dem Juliensbeispiel der Berliner Großbanken ist jetzt auch Wien gefolgt, wo die beiden größten Kreditanstalten Deutsch-Oesterreichs sich zusammenzuschließen beabsichtigen. Die Durchführung des Zusammenschlusses der beiden Wiener Großbanken auf Grund eines Korporationsgesells als vollkommen gesichert. In einem der nächsten Tage wird der Verwaltungsrat der Kreditanstalt die notwendigen Beschlüsse fassen. Die Geschäfte der Bodenreditanstalt werden unter Garantie der Kreditanstalt fortgeführt. Die Kreditanstalt dürfte ihr Kapital um 20 bis 40 Millionen Schilling erhöhen. Davon werden etwa 11 Millionen Aktien zur Durchführung des Aktienausstausches mit der Bodenreditanstalt notwendig sein. Die Kapitalerhöhung wird durch eine Gruppe erfolgen. Ferner werden schon in der nächsten Zeit neue ausländische langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Inzwischen der beiden Industriegruppen, die durch den Zusammenschluß der beiden Großbanken zusammenfallen, dürfte eine Reihe von Zusammenlegungen zusätzlicher Unternehmungen der gleichen Art stattfinden. Dies gilt für die Automobilindustrie, die Lokomotivindustrie sowie für die Metallraffinerieunternehmen. Unter den Größtaktionären der Bodenreditanstalt befinden sich zahlreiche Ausländer, darunter vor allem die großen Finanzgruppen Morgan, Schröder, Soloway. Größtaktionär ist aber auch der österreichische Postsparkasse, die ihren einzigen Besitz an Aktien der Unionbank gegen etwa 170 000 Bodenreditaktien eingetauscht hat.

Diese Aktion notieren zur Zeit der Übernahmeverhandlung 1927 etwa 144 Schilling. Sie sollen auf ein Viertel sinken, die „Neue Freie Presse“ glaubt zu wissen, daß der Entwertung dieses Aktienpaketes, soweit dies durch die letzten Ereignisse bedingt ist, durch entsprechende Maßnahmen begegnet werden soll.

Macdonald in Amerika.

Die walpoitische Bedeutung des Besuches.

Newport, 8. Oktober.

Der englische Premierminister ist nach dem begeistertsten und lärmendsten Empfang, mit dem er in Newport begrüßt und geehrt wurde, alsbald nach der Bundeshauptstadt weitergereist und hat sofort seinen Antrittsbesuch bei dem Präsidenten Hoover gemacht. Für die vertrauliche Aussprache

zwischen den beiden leitenden Staatsmännern der großen anglo-amerikanischen Welt ist aber selbst die feierliche Anwesenheit nicht genug, denn Präsident Hoover hat seinen Gast sofort auf seinen Wohnsitz eingeladen, wo er mit Macdonald dem Angelposteur Jungbun will. Man erinnert sich, daß dieses Ereignis eine Liebesheirat bezeugt mehr als eines Staatsmannes anglo-amerikanischer Herkunft ist, und man weiß, daß die Kopie, die sich bei dieser Begegnung ausstriben, nebenbei

feineswegs immer die schlechtesten politischen Gedanken zulage gefördert und in die Tat umgesetzt haben. Die Bodenunterhaltung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen Kabinettschef freilich wird, so sehr sie die Stille löst, alles andere zur Folge haben, als eine politische Geheimabmachung oder eine politische Entscheidung.

Der Führer der englischen Arbeiterregierung hat, wie schon bei früheren Gelegenheiten, so auch bei seiner Sendung in Newport betont, daß er die Aufgabe zeitgemäß internationaler Politik nicht in der Vereinbarung von Bündnissen zwischen einzelnen Staaten sehe, sondern in der Zusammenfassung aller positiven Kräfte der politischen Welt für die Sicherung des internationalen Friedens und der friedlichen, freundschaftlichen Entwicklung.